

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Drescher Nr. 21302
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Route: Stadthaus Dresden, Straßße Diefenbach Nr. 606
Postfach-Nr.: Nr. 817 Dresden

Tageszeitung für das sächsische Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Direktion und Verlagsamt Emil Drescher & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ordnung: Die Blätter sind mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Wort, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6spaltigen Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten bis 4 spaltigen Zeile 15 Goldpfennigen, Resten bis 2 spaltigen Zeile 10 Goldpfennigen, Resten bis 1 spaltigen Zeile 5 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Hochdrucksetzungen und schwierigen Zeichnungen werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitensatz in Anwendung gebracht. Reklamationsfrist: 3. Verpät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftragsgeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

258

Donnerstag, den 5. November

1925

Morgen Entscheidung über die Räumung Kölns!

Marshall Foch ist zufrieden — Die Sozialdemokratie wünscht Einberufung des Reichstags — Einigung zwischen Regierung und Beamten in Oesterreich

Wann wird Köln geräumt?

Die Besatzungskonferenz tritt Freitag vormittag zusammen, um auf Grund des Beschlusses des Interalliierten Militärkomitees in Versailles über die eventuelle Räumung Kölns zu beraten. Dabei wird verhandelt, ob das Gutachten, das Marshall Foch im Namen des Interalliierten Militärkomitees abgegeben hat, in der Feststellung gipfelt, daß die Abrüstung Deutschlands beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Man glaubt, daß die Besatzungskonferenz daher bereits übermorgen das Datum der Räumung des Kölner Gebietes festsetzen wird.

Wiedereinsetzung des Rheinland-Kommissars

Wie wir aus diplomatischen Kreisen erfahren, sind die deutsch-französischen Verhandlungen in Paris über die Wiedereinsetzung des deutschen Oberkommissars für die Rheinlande soweit gediehen, daß die Einsetzung des Kommissars endgültig gesichert ist. Unter den verschiedenen Persönlichkeiten, die für die Neubestellung dieses Postens in Frage kamen, scheint sich die Wahl der deutschen Regierung auf den jetzigen deutschen Botschafter in Madrid, Freiherrn Langwerth von Simmern festgelegt zu haben, der einer alten rheinländischen Familie entstammt, die zu den größten Weingüterbesitzern des besetzten Gebietes gehört. Man nimmt an, daß seine Wahl bei der Gegenseite auf keinerlei Widerspruch stößt.

Gegenseitiges Entgegenkommen

Die Verhandlungen über die Zurückziehung verschiedener interalliiert-rheinland-Ordnungen schreiten günstig vorwärts. Es verläutet, daß die deutsche Regierung in Paris die Zustimmung gegeben habe, daß sie ihrerseits ebenfalls gewillt sei, diejenigen Bestimmungen zurückzugeben, die ein Hindernis für den privaten Meinungsaustausch zwischen den alliierten Besatzungsbehörden und den deutschen Beamten verbot, über die amtlichen Beziehungen hinaus mit den alliierten Stellen Verbindungen zu unterhalten.

Keine Veränderung in der Heeresleitung

Wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfährt, hat die interalliierte Ueberwachungskommission die Einwände zurückgezogen, die im Zusammenhang mit den Abrüstungsbedingungen gegen die jetzige Organisation der Heeresleitung erhoben worden waren. Nach dieser Mitteilung dürften also die gegen die Stellung des Generals v. Seeckt gerichteten Forderungen gegenstandslos geworden sein.

Gegen Locarno!

Auf Grund der eingehenden Aussprache in der aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Vertretertagung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands in Berlin fasste der Gesamtvorstand zusammen mit dem Stahlhelm, Tannenbergbund und Berwölff einstimmig folgende Entschliessung:

Wir lehnen den Vertrag von Locarno als eine freiwillige Anerkennung des Diktats von Versailles ab. Unannehmbar ist uns der Verzicht auf deutsches Land und Volk, unannehmbar der Eintritt in

Die neue Situation

Besprechungen beim Kanzler

Reichskanzler Dr. Luther hat nunmehr auch die Führer der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Demokraten empfangen, um ihnen über die Entschliessungen der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien zu berichten. Sehr ausführlich waren die Besprechungen Dr. Luthers mit den deutschnationalen Führern, die von dem Kanzler Aufschluss darüber verlangten, inwieweit er sich dem Standpunkt der Parteien anschließe, daß die Deutschnationale Partei von der Mitarbeit an den Regierungsgeschäften ausgeschlossen werden solle. Im übrigen aber teilten die deutschnationalen Vertreter mit, daß sich an der sachlichen Einstellung der deutschnationalen Anhänger zu dem Vertragswerk von Locarno nichts geändert habe. Ueber die Einzelheiten der Besprechungen des Kanzlers mit den Führern der außerhalb der Regierung stehenden Parteien wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

Nur gleichen Zeit, in der Dr. Luther mit den Führern der Parteien verhandelte, war am Mittwoch die Zentrumskammer in Bonn versammelt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Wie verläutet, hat sich die Mehrheit der Fraktion auf dem Standpunkt gestellt, daß eine Wiederbeteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung für das Zentrum nicht in Frage kommen dürfe und daß man nunmehr entschlossen sei, mit den anderen Parteien in Fühlung zu treten, um nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Regierung Luther eine neue parlamentarische Konstitution zustande zu bringen. Wie wir hören, scheint das Zentrum ernsthaft, daß es gelingen könnte, sich zur Abstimmung über die Locarno-Verträge eine Einigung zwischen den beteiligten Parteien zustande zu bringen und daß es heute noch nicht sicher ist, ob das Kabinett Luther in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die parlamentarische Entscheidung über die Annahme der Locarno-Verträge herbeiführen wird. Die Webersinnsimmungen, die zwischen dem Kanzler und den Führern der Regierungsparteien über die außenpolitische Lage er-

den Völkern. Locarno ist uns eine Preisgabe deutscher Zukunft und Freiheit, Vergewaltigung der kommenden Geschlechter und völkischer Selbstaufgabe. Wir rufen auf zu einer gemeinsamen nationalen Front gegen die Verewung von Versailles und für Deutschlands Ehre und Zukunft.

Das franke französische Kabinett

Die Pariser Presse äußert keinen Optimismus im Hinblick auf das neue Kabinett. Paris wird in der Ansicht, daß das Kabinett mit einer so geringen und zerbrechlichen Mehrheit sofort zurücktreten sollte. Der Pariser Sozialist von einer neuen politischen Lage. Die Vertreter des Nationalblocks hätten bereits eine Antwort nach links vorgenommen. Der Intranten schreibt, die erwartete stabile Mehrheit sei nicht erzielt, aber Zeit

zielt worden ist, beschränkt sich lediglich auf die Feststellung, daß die gegenwärtige Regierung solange im Amt bleiben müsse, bis der Tatbestand aller mit den Locarno-Verträgen zusammenhängenden Fragen hinreichend geklärt ist. Wenn dieses Ziel erreicht ist, könnte nach Auffassung der Zentrumspolitiker sofort eine Klärung der parlamentarischen Lage herbeigeführt werden, noch ehe die Gesetze zum Ausdruck kommen. Die zwischen der Regierung Luther und denjenigen Parteien bestehende, von deren Zustimmung die Durchführung der Locarno-Politik abhängt, ist.

Die Wirtschaftspartei hinter Luther

Im Laufe des gestrigen Vormittags empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichsaußenministers die Abgeordneten Lampe und Morath von der Wirtschaftspartei. Das Ergebnis der gegenseitigen Aussprache war, daß die Vertreter der Wirtschaftspartei Vereinigung dem Kanzler mitteilten, sie schloßen sich dem Standpunkt der durch Vertrauensmänner in der Regierung vertretenen drei Parteien an.

Die Sozialdemokraten rufen nach dem Reichstag

Wie wir hören, beabsichtigt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer bevorstehenden Sitzung einen energisch gehaltenen Beschluß zu fassen, der die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt, wenn die gegenwärtige Reichsregierung das Bestreben zeigen sollte, die Klärung der innerpolitischen Fragen hinauszuschieben und die Einberufung des Reichstages zu verzögern. Die Besprechungen, die der Kanzler mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern hatte, sollen das Vertrauen der Sozialdemokraten gegenüber sehr verhärtet haben.

Luther rechnet mit Ende November

Wie wir hören, haben die demokratischen Führer an den Reichskanzler Dr. Luther die Anfrage gerichtet, bis zu welchem Zeitpunkt die Reichsregierung beabsichtige, die Locarno-Verträge dem Reichstage vorzulegen. Dr. Luther erwiderte, daß sie nach wie vor von der Klärung der Frage der Auswirkungen abhängen. Er glaube persönlich, daß die außenpolitische Lage in der letzten Novemberwoche im Reichstag zur Erörterung gelangen wird.

verloren worden. Die Lage des Kartells bleibe äußerst kritisch. In der Liberté schreibt der Abgeordnete Falkinger, auch wenn das Kabinett seine Existenz noch einige Tage hinhalte, könne man doch sagen, daß es keine Regierung, keine Verfassung und kein Parlament mehr gebe. Er verweist auf das Beispiel Italiens, das durch Mussolini in dem Augenblick zerfallen sei, als es unwiderruflich verloren schien und fordert Frankreich auf, diesem Beispiel zu folgen.

Das Ministerium bleibt

Nach der Ministerpräsident Poincaré nach Bekanntgabe des Abstimmungsresultates in der Kammer über seine Absichten befragt wurde, beschränkte er sich auf die Antwort: Das Ministerium bleibt! Poincaré gab dann bekannt, daß er für Sonnabend vormittag einen Kabinettsrat zusammenrufen werde.

Der Sturz der persischen Dynastie

Das heutige Persien ist nur noch ein Schattenbild des einst so mächtigen altorientalischen Reiches, das sich über ganz Asien und Ägypten erstreckte. Dauernde Kämpfe im Innern, unruhige Nachbarn und vor allem ungetreue Statthalter und wenig geeignete Herrscher haben das Land nicht zu der Entwicklung kommen lassen, die ihm nach seiner zentralen Lage auf der Höhe von Iran zukommen mußte. Gerade hier berühren sich aber auch Englands und Russlands Interessen. Ersteres will seinen Einfluß von Indien aus über Afghanistan nach Norden ausdehnen, dieses dagegen braucht Persien als Schlüssel seiner Beziehungen im Kaukasus und am Mittelmeer. Seit über einem Jahrhundert lebt der Kampf der beiden Großmächte um ihren Einfluß auf Persien. Lange Zeit hindurch mochte der russische Einfluß in Persien vor.

Der unglückliche Ausgang des russisch-japanischen Krieges machte den guten Beziehungen mit Petersburg ein Ende, die Engländer gewannen größeren Einfluß in Persien und haben es verstanden, ihre Beziehungen in den nächsten Jahren noch weiter auszubauen. Der Schah mußte im Jahre 1908 eine Verfassung geben, die jedoch nur scheinbar Boden gewann und noch nicht völlig durchgeführt war, als im Frühjahr 1909 ein großer Aufstand der Nationalisten ausbrach. Rußland und England legten sich ins Mittel, russische Truppen rückten ins Land, und im Juli 1909 mußte der Schah zugunsten seines Sohnes Achmed abtreten, der in Europa erzogen wurde und nachher von seiner reichlichen Privatliste abwesend in Paris, Nizza und Monte Carlo in Sauf und Braus lebte, ohne sich um das Land seiner Väter zu kümmern.

Dies hatte inzwischen sein Onkel, als der älteste der Ansdharen, eine Verfassung eingeführt, die ihm von den Engländern und Russen vorgeschrieben war. Beide Länder schloßen zudem einen Vertrag, der ihr Grenzgebiet genau festlegte und nur auf der Innseite des Landes gelegene Hochebene eine neutrale Zone schuf.

Unter russischem Einfluß wurde Sipahdar Khan zum Ministerpräsidenten ernannt, der diese Stelle auch während des Weltkrieges beibehielt. Eine Zeitlang machte sich in den Jahren 1916/17 auch deutscher Einfluß in Persien geltend. Es gelang jedoch nicht, irgendwelche Erfolge zu erringen, da die deutschen Interessen von denen der Türken erheblich abwichen und im Lande selbst keine Unterstützung fanden. In den Kämpfen der Türken gegen die Engländer und die Russen spielte die sogenannte Kasafenbrigade eine besondere Rolle, deren Befehlshaber Riza Khan war. Dieser gewann, unterstützt vom englischen Gelde, immer mehr Einfluß, so daß er im Jahre 1919 den bisherigen Ministerpräsidenten stürzte und selbst zunächst Kriegsminister, dann auch Ministerpräsident wurde.

Weltanschauenden Wides hat Riza Khan seinem Vaterlande viel genützt. Sein Hauptverdienst war, daß er es von russischem Einfluß vollkommen befreite und auch dazu überging, das Uebergewicht der Engländer einzuschränken. Durch kluge Maßnahmen gelang es ihm, einen großen Teil der ungeheuren Schuldenlast zu tilgen und die drückenden Konzeptionen zu beseitigen; er begann mit der Reorganisation des Heeres und führte die allgemeine Wehr- und Schulpflicht ein. Vor allem aber verstand er es, durch tatkräftiges Zuspätschieben dem Räuberunwesen ein Ende zu bereiten und die unruhigen Volksstämme an den Grenzen zu beruhigen. Das ganze Land atmete auf und sah voller Begeisterung zu Riza Khan auf, der schon immer als der ungekrönte König der Hochebene von Iran bezeichnet wurde.

Die Sowjetrepublik hatte jedoch ihren Einfluß in Persien nicht verschmerzt, der immer mehr und mehr abnahm. Sie verstand es, einzelne Personen des Landes für sich zu gewinnen und setzte ihre Forderung auf den bisherigen Schah, dem sie in nicht mißzuverstehender Weise Unterstützung versprochen. Der Schah entschloß sich tatsächlich auch, in die Heimat zurückzukehren, doch gab er sein Vorhaben nach kurzer Zeit wieder auf. Riza Khan jedoch sah sich